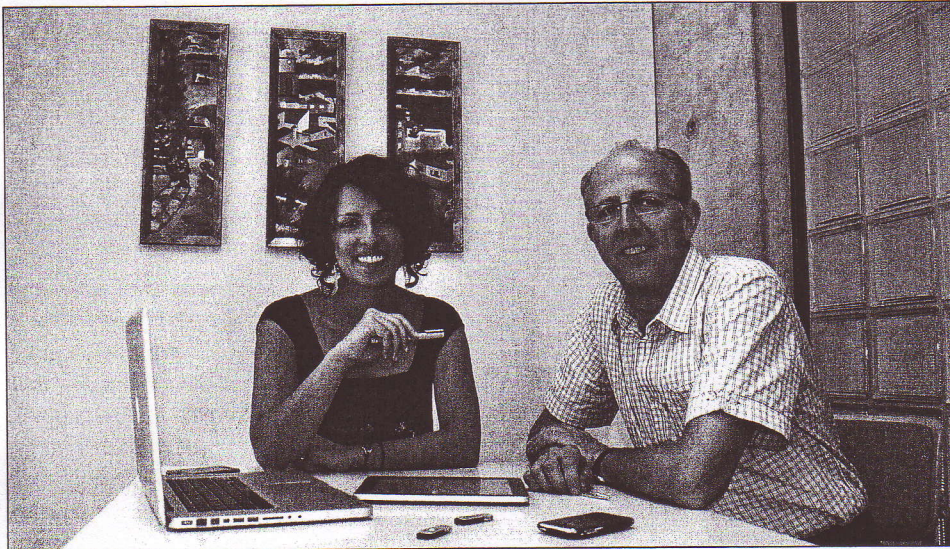


Fribourg will zum Mekka der Kompetenz im Bereich Cyberverwaltung werden

Wenngleich Cyberverwaltung darauf abzielt, Verwaltungsdienstleistungen effizienter zu gestalten, hinkt die Schweiz bei ihrer Einführung um einiges hinterher. Das «eGov Technology Center», Kompetenzzentrum der Hochschule für Technik und Architektur Fribourg, will das Verfahren vereinfachen und Lösungen gemäss den eidgenössischen Standards anbieten. Nicolas Paratte



Antoine Delley, Leiter der Informations- und Kommunikationsabteilung an der Hochschule für Technik und Architektur Fribourg, und Maria Sokhn, Projektleiterin «eGov Technology Center».

Seit der Bundesrat im Januar 2007 eine nationale Strategie der Cyberverwaltung eingeführt hat, ist deren Umsetzung bei den öffentlichen Behörden praktisch an einem toten Punkt angelangt. Nahezu die Hälfte der Gemeinden, besonders die kleineren, haben bislang keine diesbezüglichen Massnahmen eingeführt. Der Mangel an Geldmitteln und IT-Personal stellt die grösste Hürde bei der Verbreitung von elektronischen Diensten innerhalb der Bevölkerung dar. Diese Situation ist umso alarmierender, da der Bedarf an Cyberverwaltungsleistungen jüngsten Studien des Forschungsinstituts GFS.Bern zufolge, die im Auftrag des Informatikstrategieorgans Bund (ISB) durchgeführt wurden, stetig zunimmt. Hinsichtlich der Erwartungen an das E-Government sind die Gemeinden also überfordert. Sie benötigen Hilfe nicht nur von den Kantonen, sondern auch von den Unternehmen.

Die Informations- und Kommunikationsabteilung der Hochschule für Technik und Architektur Fribourg (EIA-FR) hat sich der Herausforderung gestellt. Mit der Errichtung des «eGov Technology Center» als Kompetenzzentrum will sie den Kanton Fribourg zu einem Marktführer in der Entwicklung

von technischen Cyberverwaltungslösungen machen, im Einklang mit den schweizerischen Standards im E-Government. Das Zentrum entstand aus einer Zusammenarbeit zwischen Akademikern, Kantonen, Gemeinden und dem im IT-Bereich tätigen Privatsektor und soll nun zu einem Forschungszentrum von landesweiter Bedeutung werden. Unter der Schirmherrschaft des Staatssekretariats für Wirtschaft Seco ermöglicht es regionalen Unternehmen bereits den Zugang zum Markt der Cyberverwaltung, insbesondere, indem es ihnen bei der Einführung neuer Technologien oder durch die Errichtung einer Infrastruktur für Entwicklung und Servicetests hilft, sodass sie Spitzenleistungen anbieten können.

Referenzserver

Um die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern, zielt das «eGov Technology Center» zunächst auf den Erwerb neuer Kenntnisse in vier Bereichen ab: Verwaltung elektronischer Formulare, Sicherheit (Identität und digitale Unterschrift), Datenintelligenz (semantisches Web, Verwendung ontologischer Deskriptoren) und Interoperabilität der Daten zwischen mehreren Anwendern

(Anwendung gemeinsamer Normen). Ziel ist es, über Machbarkeitsstudien und Prototypen zukunftssträchtige Leistungen anbieten zu können. Seit April dieses Jahres hostet die HES-SO Fribourg unter der Leitung des Seco einen Referenzserver, der nach seiner Testphase Ende September in die Produktion ging. «Die Hochschule ist nicht dazu da, das Hosting zu übernehmen, aber sobald die Standarddienste reif und finanziell erschwinglich sind, werden wir sie zwecks Markteinführung in den Privatsektor verlagern», erklärt Antoine Delley, Leiter der Informations- und Kommunikationsabteilung an der EIA-FR und Vertreter des Kantons Fribourg im Komitee von AlpICT. «Derzeit sind wir die Einzigen in der Schweiz, die über eine solche Infrastruktur verfügen.» Während der Testphase wurden in Zusammenarbeit mit dem Oberamt des Broyebezirks verschiedene Leistungen nach dem Abbild eines Formulars für die Einrichtung von Lotterien entwickelt. Die Gemeinde Villars-sur-Glâne hat auch ein Formular für E-Payment getestet. Die neugeschaffenen Produkte liegen im generischen Format vor, können von den Gemeinden aber immer noch an ihre Bedürfnisse angepasst werden.

Das «eGov Technology Center» arbeitet jedoch wie ein permanentes Experimentierlabor für neue Technologien und nicht wie ein Unternehmen. «Sobald wir den Prototypen mit unseren Partnern zusammen entwickelt haben, implantieren Letztere die Software am Standort der Gemeinde. «Wir wollen dem Privatsektor aber keine Arbeit wegnehmen», unterstreicht Maria Sokhn, Leiterin des «eGov Technology Center». Derzeit sind etwa zehn Unternehmen in Form einer öffentlich-privaten Partnerschaft am Projekt beteiligt. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Das neugegründete Start-up Be-cause, bestehend aus Ingenieuren der Hochschule. Dieses ist aus dem «eGov Technology Center» hervorgegangen und so zu einem neuen Partner geworden, der dem besonderen Bedarf im Bereich Cyberverwaltung Rechnung trägt und sich dabei auf ergänzende Themen für die Partnerunternehmen konzentriert. <